



Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses der Gemeinde Schönberg (SCHÖN/SA/03/2014) vom 16.09.2014

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Dirk Osbahr

Vorsitzende/r

Frau Kerstin Thomsen

Mitglieder

Frau Heike Dziuba

Frau Bettina Heiderhoff

Herr Christian Lüken

Herr Wolfgang Mertineit

Frau Christine Nebendahl

Frau Anja Rabe-Schollmeyer

Gäste

Herr Bernd Carstensen

Seniorenbeiratsmitglied

Frau Antje Klein

Gemeindevertreterin

Herr Joachim Meyer

Seniorenbeiratsmitglied

Herr Dieter Schimmer

Gemeindevertreter

Herr Harald Tibus

Seniorenbeiratsmitglied

Frau Siegrid Tibus

Seniorenbeiratsmitglied

Presse

Herr Thomas Christansen

Kieler Nachrichten, ab 20:12 Uhr

Protokollführer/in

Herr Jürgen Dräbing

Abwesend:

Mitglieder

Frau Marion Könneker

Beginn: 20:00 Uhr

Ende 21:21 Uhr

Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 20.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 10.06.2014 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Runder Tisch zu Flüchtlingsfragen - Antrag SPD-Fraktion - SCHÖN/AN/585/2014
7. Einführung eines Seniorenpasses SCHÖN/BV/580/2014
8. Einrichtung eines Kulturbeirates
9. Ehrenamtsbörse - Antrag SPD-Fraktion
10. Spielplatzkonzept SCHÖN/BV/581/2014
11. Bekanntgaben und Anfragen

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Der/Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um ... Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er/Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Die Vorsitzende lässt über den Ausschluss der Öffentlichkeit der in nichtöffentlicher Sitzung zu beratenden Tagesordnungspunkte abstimmen.

Beschluss:

Die in der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil genannten Tagesordnungspunkte werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Die Vorsitzende ruft die Einwohnerfragestunde auf. Die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner melden sich nicht zu Wort.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 10.06.2014 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es werden keine Anmerkungen zum Inhalt der Niederschrift gemacht.

Gemeindevertreterin Dzuiba beklagt, keine Niederschrift erhalten zu haben.

Die Vorsitzende gibt folgende in nicht öffentlicher Sitzung gefasste Beschlüsse bekannt:

- Der Sozialausschuss hat beschlossen, dem Projekt BEST nicht beizutreten.
- Der Sozialausschuss hat seine Zustimmung zu investiven Maßnahmen der Kindertagesstättenträger in Höhe von 42.000,00 € erteilt.

TO-Punkt 6: Runder Tisch zu Flüchtlingsfragen - Antrag SPD-Fraktion - Vorlage: SCHÖN/AN/585/2014

Gemeindevertreterin Klein erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Sie führt aus, dass das Amt Probstei ausschließlich für die Unterbringung der Asylbewerber und Flüchtlinge zuständig ist, nicht aber für ihre weitergehende Betreuung. Trotzdem habe die Amtsverwaltung eine zusätzliche Mitarbeiterin mit zehn Wochenstunden für diesen Arbeitsbereich eingestellt. Das Amt Probstei könne jedoch die Gesamtaufgabe nicht alleine bewältigen. Der beabsichtigte Runde Tisch solle insbesondere Kräfte aus dem ehrenamtlichen Bereich für die Betreuung der Asylbewerber und Flüchtlinge bündeln.

Für die CDU Fraktion unterstützt Gemeindevertreter Lücken die Einrichtung eines runden Tisches, Schönberg sei als größte Gemeinde des Amtsbereiches die, in der die meisten Asylbewerber und Flüchtlinge untergebracht würden.

Bürgermeister Osbahr weist darauf hin, dass das Amt Probstei bekanntlich ebenfalls einen runden Tisch zur Asylbewerberbetreuung einrichten will. Um Parallelstrukturen zu vermeiden, rät er zur Abstimmung mit dem Amt und schlägt vor, zu einer der nächsten Sitzungen eine Mitarbeiterin der Fachabteilung der Amtsverwaltung für einen Situationsbericht einzuladen.

Frau Klein bittet darum, ergänzend hierzu, die Asylbewerberbetreuerin des Kreises Plön, Frau Irene Thies einzuladen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Einladung zu einem Runden Tisch zum Thema „Flüchtlingsprobleme“ entsprechend dem SPD Antrag. Zur Vermeidung von Parallelstrukturen soll vorher eine Abstimmung mit dem Amt Probstei stattfinden.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 7: Einführung eines Seniorenpasses
Vorlage: SCHÖN/BV/580/2014**

Die Vorsitzende führt in die Thematik ein und verweist auf den bereits seit Dezember 2013 vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und die zwischenzeitlich vorliegende Ausarbeitung des Seniorenbeirates zu einem Seniorenpass.

Gemeindevertreterinnen Klein berichtet, dass sich die SPD-Fraktion nochmals mit ihrem Antrag befasst und diesen verfeinert hat. Die Idee des Seniorenpasses sei es, die zunehmende Zahl an älteren Menschen, die mit einem schmalen Budget auskommen müssen, zu unterstützen, indem sie kostenlos die Kulturangebote der Gemeinde nutzen können. Zum Start und zur Erprobung werde eine schlanke Lösung vorgeschlagen, um die Verwaltungsarbeit möglichst gering zu halten. Dies könne dadurch geschehen, dass zunächst ein Personenkreis den Pass erhält, der mindestens 65 Jahre alt ist und entweder Grundsicherung oder Wohngeld erhält. Für diesen Personenkreis müsse keine zusätzliche Einkommensprüfung stattfinden. Folgende Vergünstigungen könnten vorgesehen werden:

- Kostenloser Eintritt bei allen Kulturveranstaltungen
- kostenlose Einwohner-Kurkarte vom Tourist Service
- kostenloser Besuch des Probstei- und des Kindheitsmuseum
- kostenlose Benutzung der Gemeindebücherei

Frau Klein führt weiter aus, dass die Ausgabe des Seniorenpasses bei der Amtsverwaltung geschehen könne, die ohnehin die Grundsicherung und Wohngeldempfänger betreut. Bei einer Amtsumlage von rund 1 Million Euro, die Schönberg pro Jahr an das Amt zahle, müsse das ohne zusätzliche finanzielle Belastungen für die Gemeinde Schönberg möglich sein. Vorgeschlagen würde, dass an dem Pass interessierte Bürgerinnen und Bürger mit entsprechendem Anspruch, diesen bei der Verwaltung einmal jährlich gegen die Zahlung einer Schutzgebühr von zehn Euro abholen könnten.

Bürgermeister Osbahr fragt, ob die Altersgrenze von 65 Jahren gewollt sei oder ob tatsächlich ein Sozialpass ohne Altersbegrenzung gemeint sei. Unter Umständen könne es bei der Einführung einer Altersgrenze wegen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes rechtliche Probleme geben. Außerdem weist er darauf hin, dass der Amtsdirektor entscheide, ob das Amt die Passausgabe übernehmen könne.

Als Begründung für die Altersbegrenzung des Passes ab 65 Jahren macht Frau Schollmeyer deutlich, dass Senioren nicht so mobil seien, wie die jüngere Bürgerinnen und Bürger und

den einkommensschwachen unter ihnen deshalb zum Ausgleich dieser Pass angeboten werden solle.

Insgesamt sieht der Ausschuss die Einführung des Seniorenpasses in der jetzt vorgeschlagenen Form als Einstieg. Seniorenbeirat und Sozialausschuss sollen die Entwicklung begleiten und gegebenenfalls Veränderungen und Ausweitungen anregen, die dann in den zuständigen Gremien zu beraten wären

Anschließend erläutert die Vorsitzende des Seniorenbeirates Frau Bestmann die Recherchen des Beirates und verweist auf den vorliegenden schriftlichen Bericht. Sie gibt zu bedenken, dass ein solches Angebot Geld koste und die Bereitstellung entsprechender Mittel erfordere. Der Seniorenbeirat befürworte den nun vorgetragenen Umsetzungsvorschlag.

Für die CDU Fraktion unterstützt Frau Nebendahl ebenfalls diesen Vorschlag.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Einführung eines Seniorenpasses auf der Grundlage des in dieser Sitzung vorgeschlagenen Verfahrens und die Bereitstellung der hierfür notwendigen Haushaltsmittel zu beschließen.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Einrichtung eines Kulturbeirates

Die Vorsitzende Frau Thomsen resümiert, dass im Laufe der Diskussion über die Einrichtung eines Kulturbeirates zwei sehr ähnliche Anträge der SPD- und der CDU-Fraktion vorgelegen hätten, die nunmehr zu einem gemeinsamen Antrag dieser beiden Fraktionen zusammengefasst worden seien.

Anschließend erläutert Frau Nebendahl den gemeinsamen Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion. Wichtigste Intention sei die Einbeziehung aller interessierten Personen in die Gestaltung der gemeindlichen Kulturarbeit bei gleichzeitiger Entlastung von Bürgermeister und Verwaltung.

Frau Klein bestätigt diese Ausführungen und bittet um Zustimmung zum Antrag, um damit die Integration von Fachkompetenz in die Arbeit zu ermöglichen und Verbindlichkeit zu schaffen.

Für die EIS-Fraktion führt Gemeindevertreter Mertineit aus, dass diese nach wie vor gegen die Einrichtung eines Beirates sei. Die Fraktion spreche sich für die Einrichtung eines Kulturforums aus. Damit könne eine Einsparung von rund 1800 € pro Jahr erzielt werden und die Sache selbst bliebe in der Hand des Bürgermeisters. Dieser würde durch ein Forum besser als durch einen Beirat unterstützt.

Bürgermeister Osbahr nimmt dahingehend Stellung, dass er zur Einrichtung eines Kulturbeirates Bedenken habe, Risiken sehe und sich stattdessen ein Forum gewünscht hätte, dass sich im Laufe der Zeit durchaus zu einen Beirat entwickeln könne.

Es schließt sich eine ausführliche Diskussion der Sachlage an.

Beschluss:

Der Sozialausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, auf der Grundlage des gemeinsamen Antrages der SPD- und der CDU-Fraktion die Einrichtung eines Kulturbeirates zu beschließen.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 9: Ehrenamtsbörse - Antrag SPD-Fraktion

Die Vorsitzende erinnert an den seit Dezember 2013 vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung einer Ehrenamtsbörse und geht in diesem Zusammenhang nochmals auf den Beschluss des Sozialausschusses, dem Projekt BEST nicht beizutreten ein.

Gemeindevertreterinnen Klein führt hierzu aus, dass aus Sicht der SPD-Fraktion eine lokale Ehrenamtsbörse gewollt sei, die vor Ort angeboten werde und Angebot und Nachfrage koordiniere. Aus ihrer Sicht sei es sinnvoll, so etwas auf Amtsebene zu installieren. Sie schlägt vor, einen entsprechenden Antrag an den Amtsausschuss zu richten.

Gemeindevertreter Lüken fragt hierzu nach, wer Anträge an den Amtsausschuss stellen könne.

Bürgermeister Osbahr antwortet darauf, dass er den Amtsdirektor bitten könne, diese Thematik auf die Tagesordnung zu setzen. Er weist darauf hin, dass es sich bei der Einrichtung einer Ehrenamtsbörse, die von mehreren amtsangehörigen Gemeinden beschlossen würde um eine übertragene Aufgabe nach § 5 der Amtsordnung handeln würde. Danach dürften jedoch maximal fünf gemeindliche Aufgaben auf das Amt übertragen werden.

Herr Mertineit begrüßt den Vorschlag, ist jedoch der Meinung, dass die Durchführung der Ehrenamtsbörse auch ehrenamtlich laufen müsse.

Von Gemeindevertreterinnen Klein wird hierzu entgegnet, dass dies aus ihrer Sicht nicht umsetzbar sei und Ziel sein müsse, dass die Amtsverwaltung die Durchführung übernimmt.

Seitens des Gemeindevertreeters Lüken wird angeregt, vor einer Beratung und Entscheidung im Amtsausschuss ein Gespräch mit dem Amtsdirektor zu führen und dabei zu klären, welche Auswirkungen eine solche Aufgaben Übernahme für die Amtsumlage z.B. durch höhere Personalkosten habe.

Beschluss:

Der Amtsausschuss wird gebeten, über eine Ehrenamtsbörse auf Amtsebene zu beraten.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Spielplatzkonzept
Vorlage: SCHÖN/BV/581/2014

Die Vorsitzende bittet den Bürgermeister um Erläuterungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Bürgermeister Osbahr führt aus, dass sich im Gemeindegebiet rund 20 Spielplätze befänden, die zum größten Teil seit vielen Jahren angelegt seien. Zu beobachten wäre ein sich änderndes Nutzerverhalten und zunehmende Abnutzungs- und Vandalismusschäden. Es stelle sich deshalb die Frage, ob die gemeindlichen Spielplätze noch attraktiv und bedarfsgerecht seien.

Seine Idee sei es, diese Thematik mit Unterstützung durch die Fachkompetenzen einer Fachschule oder einer Fachhochschule für Sozialpädagogik aufzuarbeiten und eine Empfehlung für die weitere Gestaltung und den weiteren Betrieb erarbeiten zu lassen.

Hinsichtlich der der angebotenen Projektbegleitung durch die Gemeindevertreterin Marion Könneker schließt sich eine Grundsatzdiskussion zur Unabhängigkeit solcher Beratungsleistungen an.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Erstellung eines Spielplatzkonzeptes für die Gemeinde Schönberg, dabei soll im Rahmen einer Projektkooperation eine Fachschule oder eine Fachhochschule für Sozialpädagogik für die Konzepterstellung gewonnen werden. Die Ausarbeitung des Konzeptes durch eine dieser Institutionen soll unabhängig ohne Beteiligung von Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern erfolgen.

Stimmberechtigte:	7		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Bekanntgaben und Anfragen

Bürgermeister Osbahr teilt mit, dass das Kulturprogramm 2015 der Gemeinde derzeit in Arbeit sei, die Grundstruktur dafür bereits stehen. Er verteilt eine entsprechende Planungunterlage an die Ausschussmitglieder.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben schließt die Vorsitzende den öffentlichen Sitzungsteil um 20:43 Uhr.

		gesehen:	gesehen:
Kerstin Thomsen	Jürgen Dräbing	Dirk Osbahr	Sönke Körber
- Ausschussvorsitzende -	- Protokollführer -	- Bürgermeister -	- Amtsdirektor